



# REGENSBURGER VORTRÄGE

## zum östlichen Europa

FRÜHJAHR / SOMMER 2018

MI **25.04.2018**, 18.00 Uhr  
WiOS, Landshuter Str. 4, Raum 017

### **The so called judicial reform in Poland – challenges for the rule of law in Poland**

**Jędrzej Klatka**, Warschau

Die 2017/18 in Kraft getretenen Änderungen in den Gesetzen „über das System der ordentlichen Gerichte“, „das Oberste Gericht“ sowie „zum Landesjustizrat“ gefährden die richterliche Unabhängigkeit in Polen. Am 20.12.2017 leitete die Europäische Kommission wegen dieser sog. „Justizreform“ ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen nach Art. 7 EUV und bereits früher ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH ein. Jędrzej Klatka informiert über den gegenwärtigen Stand aus der Sicht der Rechtspraxis.

MI **25.04.2018**, 18.00 Uhr  
 WiOS, Landshuter Str. 4, Raum 017

## The so called judicial reform in Poland – challenges for the rule of law in Poland



**Jędrzej Klatka** ist Rechtsberater in Kattowitz und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bei der Polnischen Nationalen Rechtsanwaltskammer, Warschau.

Am 20.12.2017 leitete die Europäische Kommission wegen der sog. „Justizreform“ ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen nach Art. 7 EUV ein. Ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH wurde bereits im August 2017 eingeleitet. Auch die Venedig-Kommission hat in insgesamt fünf Gutachten eine Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen festgestellt. Im August 2017 trat das „Gesetz über das System der ordentlichen Gerichte“ in Kraft und im Dezember 2017 wurden die „Neuregelung des Gesetzes über das Oberste Gericht (OG)“ sowie das „Änderungsgesetz zum Landesjustizrat (LJR)“ verabschiedet. Die drei Gesetzesprojekte, die im Sommer eingereicht wurden, stammten aus der Feder des Justizministers. Das Gesetz über das OG und das Änderungsgesetz zum LJR hatte Polens Präsident, Andrzej Duda, im ersten Anlauf im Juli 2017 nach Massenprotesten der Zivilgesellschaft mit einem Veto belegt. Im September 2017 legte der Präsident eigene Projekte in diesen Gesetzesmaterien vor, die im Dezember 2017 angenommen wurden. Der Vortrag erläutert die rechtlichen Hintergründe und möglichen Folgen dieser „Justizreform“.

Der Vortrag und die Diskussion finden auf Englisch statt.

IOR, in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.



**WIOS** Das Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WIOS) ist eine Kooperationsebene für die außeruniversitäre Ost- und Südosteuropaforschung. Darin bündeln sich die Kompetenzen seiner Mitglieder – Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung / Institut für Ostrecht / Hungaricum – Ungarisches Institut / Forschungszentrum DIMOS, die Grundlagenforschung leisten, zentrale Zeitschriften herausgeben und Beratungen für wissenschaftliche Aspekte wie auch für die interessierte Öffentlichkeit bieten.